



## **Erklärung zum Haushalt der Stadt Ansbach 2012**

Ansbach, 12.12.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2011 hat die Grundfesten unseres Kontinents schwer erschüttert. Die Wetten verantwortungsloser Spekulanten gegen ganze Volkswirtschaften und gegen unsere Gemeinschaftswährung haben mehrere EU-Staaten an den Rand des Ruins getrieben. Der Euro selbst ist in seinem Fortbestehen bedroht. Die Kanzlerin fordert angesichts der Systemkrise eine "marktkonforme Demokratie", was nichts anderes bedeuten würde als die Diktatur der Finanzmärkte, mit den drei US-Ratingagenturen als Exekutoren. Begleitet wird der Niedergang der während des neoliberalen Zeitalters ausgehöhlten sozialen Marktwirtschaft mit immer neuen Millardengeschenken aus Steuermitteln an Bankenimperien während wir die niedrigsten Steuersätze für Spitzenverdiener und Kapitalgesellschaften in der Nachkriegszeit haben.

Gleichzeitig entwickelt sich die BRD zu einem Billiglohnland. Nur mithilfe einer immer weiter absinkenden Lohnquote können immer höhere Exportüberschüsse erwirtschaftet werden, die zum wirtschaftlichen Ungleichgewicht innerhalb der Euro-Zone einen wesentlichen Teil beitragen. Die OECD hat vergangene Woche festgestellt, dass in keiner anderen Industrienation wie der Unsrigen die Schere zwischen Arm und Reich dermaßen auseinander gegangen ist, und warnt in diesem Zusammenhang vor einer Gefährdung des sozialen Friedens in Deutschland.

Der makroökonomische Rahmen spielt auch bei der Betrachtung des Haushalts einer kleinen kreisfreien Stadt wie Ansbach eine Rolle, denn der ausufernde Niedriglohnsektor hat schwerwiegende Auswirkungen auf unsere Kommunalfinanzen. Dass inzwischen 38% aller erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen und dennoch "aufstocken" müssen, wie der Armutsbericht für Ansbach feststellt, ist ein Skandal, für den die Kommunalpolitik zwar nicht verantwortlich ist. Dennoch müssen auch bei Stadträten die Alarmglocken schrillen, wenn aufgrund des Phänomens "arm trotz Arbeit" in Ansbach bei sinkender Arbeitslosigkeit die Pflichtleistungen bei den Sozialausgaben weiter steigen.

Verantwortlich ist die Stadt jedoch für die Menschen, deren Lohn kaum zum Leben reicht und sie vom gesellschaftlichen Leben praktisch ausschließt. Mit der Sicherung des Zugangs zu Bildung, Kultur, Sport und Mobilität für alle AnsbacherInnen sichern wir auch den sozialen Frieden in unserer Stadt. Ich appelliere an Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, 2012 gemeinsam Sozialtarife für diese Bereiche einzuführen. Es ist unser aller Aufgabe, die Gerechtigkeitslücke in unserer Stadt zu schließen.

Die steigenden Pflichtleistungen nach dem SGB und bei der Jugendhilfe, die übrigens nur Offene Linke und Grüne in ihren Haushaltsanträgen berücksichtigten, beschneiden die Zuführung zum Vermögenshaushalt merklich. Anstatt die Einnahmen der Stadt dauerhaft etwa mit einer

moderaten Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes, zu stärken, was überdies der erste Schritt zu einer konjunkturabhängigen Flexibilisierung der kommunalen Steuerpolitik, wie sie zahlreiche vergleichbare Städte erfolgreich praktizieren, gewesen wäre, spielen CSU, SPD und BAP lieber Einnahmen-Roulette und korrigieren die ohnehin optimistischen Ansätze des Kämmerers beliebig nach oben, bis im Falle von CSU und BAP die Deckung ihrer eigenen Anträge erreicht ist bzw. die SPD von Sparsamkeit sprechen kann. Es bleibt zu hoffen, dass manch unrealistischer Ansatz durch die geringere Erhöhung der Bezirksumlage auf 26% ausgeglichen werden kann.

Die Haushaltslage hätte es auch jenseits dieser Tricksereien erlaubt, neben der Konsolidierung der Kommunalfinanzen Weichen für Fortschritte bei Bildung, Sozialem und Innenstadtentwicklung zu stellen. Mit gebührenfreien Kindergärten hätte Ansbach Maßstäbe für Kinder- und Familienfreundlichkeit in Bayern gesetzt. Verwundert sein kann der Betrachter nur über den Schlingerkurs der SPD in dieser Frage, die die Abschaffung der Kindergartengebühren im Juli noch selbst beantragte, im November jedoch ablehnte. Hier ist im Sommer ein sozialer Tiger gesprungen, um im Herbst als neuer alter Juniorpartner der CSU zu gemeinsamen Kürzungen bei Personal und Klimaschutz zu landen. Wie zuvor in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin hat die SPD nun auch in Ansbach links geblickt und ist rechts abgebogen. Man müsste ihr in der Konsequenz der bildlichen Sprache die Sitze im Verkehrsausschuss aberkennen.

Es ist durchaus zu begrüßen, dass die beiden größten Ratsfraktionen inzwischen Anhänger der Keynesianischen Wirtschaftstheorie zu sein scheinen. Diese beruht allerdings nicht auf ein Sich-zu-Tode-sparen, sondern zielt darauf, die richtige Balance zwischen Sparen und Investieren zu finden. Diese Balance ist in den Haushaltsberatungen nur bedingt gelungen. Wir wären verpflichtet gewesen, zumindest einen Teil der zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen infolge des Aufschwungs an diejenigen weiter zu geben, die die Werte erwirtschaften. Und hier stehen wir angesichts des demografischen Wandels insbesondere gegenüber Familien mit Kindern in der Verantwortung. Zu hoffen bleibt, dass der Stadtrat zumindest die von der Staatsregierung jetzt in Aussicht gestellte Übernahme der Kosten für das letzte Kindergartenjahr direkt an die Eltern weitergibt und ab 2013 das erste Kindergartenjahr in Ansbach gebührenfrei anbietet.

Mit Blick auf die in den Haushaltsberatungen beschlossenen Mehrausgaben im Vermögenshaushalt ist sicherlich ein Aufzug im Stadthaus für einen Teil der Bevölkerung sehr hilfreich. Wenn nur wenige Meter entfernt im Jugendzentrum in etwa die gleiche Summe für eine in den letzten Jahren immer wieder verschobene und jetzt unumgänglich gewordene Dachsanierung investiert werden soll, die Mehrheit des Hauses ein Nutzungskonzept allerdings nicht für nötig hält, fühlen sich nicht wenige nach Schilda versetzt. Ich hoffe nicht, dass diese ungenutzte Chance zum Sinnbild des Leerstandsmanagements in Ansbach wird, und wir es doch noch schaffen, einem sanierten Dachgeschoss Leben einzuhauchen. Die jungen Menschen in unserer Stadt verdienen ein verbessertes Angebot im Jugendzentrum.

Viel geredet wird über die Belebung der Innenstadt. Dass dafür das Programm "Aktive Zentren", das nach dem Willen von Schwarz-Gelb die Förderungen der "Sozialen Stadt" ersetzen soll, nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann, ist hoffentlich allen bewusst. Vielmehr braucht der Stadtkern mehr Wohnbevölkerung, die wiederum Geschäfte des täglichen Bedarfs mit sich zieht. Zahlreiche Hausbesitzer haben in der Altstadt Wohnraum geschaffen oder saniert, es könnten noch mehr sein. Die Kommune, die vor Jahren sämtliche städtischen Wohnungen verkauft hat, nimmt ihre Rolle als Akteurin auf dem Mietmarkt immer noch nicht wieder wahr. Sowohl im Jugendzentrum als auch am Stillstandsgelände des Grauen Wolfs gibt es Potenzial für mehr Leben in der Innenstadt. Den Grauen Wolf lediglich auf seinen optischen Anblick zu reduzieren und den "Schandfleck" vor betuchten Bachwochengästen verstecken zu wollen, wie es Ziel der CSU ist, wird einer potenziellen städtebaulichen sowie sozial- und wohnungsmarktpolitischen Funktion für die westliche Altstadt nicht annähernd gerecht.

Mit der Ablehnung der Anträge der Offenen Linken auf Erstellung eines Nutzungskonzepts im Jugendzentrum und auf Erwerb des Grauen Wolfs verliert Ansbach eine weitere Chance einer Innenstadtbelebung durch Schaffung von Wohnraum. Und das in Zeiten, in denen in Ansbach teilweise Mietwucher herrscht. Die Möglichkeiten für die Entwicklung der seit Langem unter akuter Raumnot leidenden Fachoberschule auf diesen Geländen wurden ebenfalls außer Acht gelassen. So besteht die Gefahr, dass die FOS/BOS-Schüler Kellerkinder bleiben müssen.

Über grundlegende Richtungsentscheidungen für die zukünftige Sozial- und Bildungspolitik in Ansbach sowie einer strategisch angelegten Innenstadtbelebung sah sich das Haus in seiner Mehrheit nicht gewillt zu diskutieren. Stattdessen konnte man eine genauso lebhaft wie langatmige Debatte über die Frage, ob für 5.000 Euro goldene Plaketten an den Skulpturen im öffentlichen Raum angebracht werden sollen, beobachten. Es fehlte nur, dass die Haushaltsberatungen auch noch über Karatzahl und die Abmaße dieser Goldplaketten abgestimmt hätten. Weiter weg von den Sorgen und Nöten der Menschen kann sich eine Volksvertretung in der Beratung über einen Haushalt mit über 100 Millionen Euro Volumen nicht bewegen.

An dieser Stelle seien die Worte des Dichters und Staatsrechtsgelehrten Christian Fürchtegott Gellert in Erinnerung gerufen, mit denen er vor fast genau 250 Jahren politische Entscheidungsprozesse skizziert hat, die im Ansbacher Stadtrat nach wie gültig zu sein scheinen:

"So war der Mensch zu allen Zeiten,  
So ist er jung, so bleibt er alt.  
Heiß ist er in Kleinigkeiten  
Und gegen große Dinge kalt."

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,  
zu beleuchten sind heute auch die Schattenhaushalte der öffentlichen Hand, die unter gesellschaftsrechtlichen Unternehmensformen in der AVVH, der ABuV, der Awean und den Stadtwerken geparkt sind:

Nicht erst die heutige Debatte und die Auseinandersetzung der letzten Wochen haben gezeigt, dass die Strukturen der genannten Tochterunternehmen, die Transparenz und demokratische Kontrolle verhindern, nicht mehr zeitgemäß sind. Das Outsourcing kommunaler Aufgaben in privatrechtliche Strukturen am Höhepunkt der Irrlehre des Neoliberalismus um die Jahrtausendwende war ein schwerer Fehler, den es jetzt zu korrigieren gilt.

Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung und ihre gewählten Vertreter im Nachhinein aus der Zeitung erfahren, dass der kommunale Energieversorger anstatt in heimische Windenergie lieber in Windkraftanlagen im märkischen Sand Millionen investiert. Die Energiewende kann nur mittels Dezentralisierung erfolgreich sein. Darauf weist der Bayerische Städtetag in seinem aktuellen Rundschreiben hin. Die Entscheidungen hierüber sind von grundsätzlicher Bedeutung und gehören in den Stadtrat und nicht in das Hinterzimmer.

Es kann nicht sein, dass ein Stadtrat, der nicht im Aufsichtsrat sitzt, in dem angeblich Verschwiegenheitspflicht herrscht, offenbar über Informationen verfügt, die den Aufsichtsratsmitgliedern und der Stadtverwaltung nicht bekannt sind. Es kann nicht sein, dass Stadtratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat angehören und die die demokratisch gewählte Vertretung vor finanziellen Unwägbarkeiten warnen möchten, sich laut Aussage eines städtischen Juristen in der vergangenen Stadtratssitzung „um Kopf und Kragen“ reden. Es ist zudem gegenüber den Ansbacher GebührenzahlerInnen nur schwer vermittelbar, dass sich Stadt und eine 100%-ige Stadttochter langwierige vertragsrechtliche Auseinandersetzungen liefern, bis Beschlüsse des Stadtrats umgesetzt werden.

Wir müssen Schluss machen mit diesen Geheimratsstrukturen, die an die k.u.k. Monarchie erinnern. Die Daseinsfürsorge der BürgerInnen gehört in die öffentliche Hand und in die öffentliche Debatte. An dieser Stelle, Frau Oberbürgermeisterin, werde ich Sie auch in Zukunft nicht aus der Verantwortung nehmen. Sie sind 2008 mit dem Versprechen „Privatisierungen auf den Prüfstand“ angetreten. Nehmen Sie diese Verantwortung wahr und überführen Sie die Parallelstrukturen der AVVH und ihrer Untergesellschaften wieder in öffentliches Recht.

Die mit der Offenen Linken konkurrierenden Gruppierenden des Stadtrats haben in den Haushaltsberatungen beteuert, Steuer- und Gebührenerhöhungen seien das absolut falsche Signal. Sie tauchen in dem heute zu beschließenden Werk zwar nicht auf. Was passierte jedoch in den Parallelstrukturen unter Ausschluss der Öffentlichkeit?

2009 Strom- und Gaspreiserhöhung, 2010 deutliche Erhöhung der Aquella-Tarife, 2011 Erhöhung der Abwassergebühren, 2012 Preissteigerung beim ÖPNV um 30%. Alles selbstverständlich ohne soziale Tarifgestaltung. Wenn in der demokratisch gewählten Vertretung über diese Verschlechterungen für die BürgerInnen gesprochen wurde, dann ging es lediglich darum, ob das Abstimmungsverhalten von Aufsichtsratsmitgliedern veröffentlicht werden darf oder nicht. Das ist ein Armutszeugnis und unterstreicht die Notwendigkeit der Umstrukturierung.

Auch das schnelle Geld aus der Teilprivatisierung der Stadtwerke ist längst aufgebraucht. Die Thüga hat ihre Investitionssumme binnen 10 Jahren amortisiert. Was bleibt ist der Wohlfahrtsverlust für Ansbach, denn genau diese Gewinnabführungen an die Thüga fehlen jetzt, um einen ÖPNV, der den strukturellen Bedingungen des Oberzentrums Ansbach als flächenmäßig fünftgrößte Stadt Bayerns Rechnung trägt, innerhalb der AVVH-Struktur zu finanzieren. Es ist daher höchste Zeit für den Stadtrat, sich Gedanken zu machen über den Rückkauf der verlorenen Anteile. Dass der Weg der Rekommunalisierung mittel- und langfristig erfolgreich ist, beweisen zahlreiche Kommunen, um als regionales Beispiel die Stadt Dinkelsbühl zu nennen. „Stadtwerke in Bürgerhand“ ist und bleibt das Ziel der Offenen Linken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt auch unser Ziel, der Stadt Ansbach eine Zukunftsoption ohne Militär zu ermöglichen, auch wenn das Manchem auf der rechten Bank nicht schmecken mag. Was uns jenseits der unterschiedlichen Bewertung mit Blick auf die Auswirkungen der massiven Militärpräsenz in unserer Stadt zu Lasten von Gesundheit und Lebensqualität der betroffenen Menschen jedoch einen muss, ist die Feststellung, dass die Zukunft des US-Stützpunktes inzwischen auch nach Aussagen der hiesigen Kommandeure auf finanziell wackeligen Beinen steht. Es ist daher das Gebot der Stunde, 2012 gemeinsam die Planung für eine zivile Umnutzung der militärischen Liegenschaften in die Wege zu leiten.

Sehr geehrter Herr Schwarzbeck, sehr geehrtes Team der Stadtkämmerei, für Ihre Arbeit an dem Gesamtwerk Haushalt möchte ich Ihnen heute herzlich danken. Mein Dank gilt auch allen weiteren MitarbeiterInnen der Stadt, die einen sehr wichtigen Beitrag zur Funktionsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit unseres Gemeinwesens Tag für Tag leisten.

Im Haushaltsentwurf sind trotz höherer Einnahmeerwartungen erneut kaum Mittel für eine aktivere Bildungs- und Sozialpolitik vorgesehen. Anstatt darin zentrale Zukunftsinvestitionen für Ansbach zu erkennen, fristen diese Bereiche weiterhin ein Schattendasein unter dem Pflichtleistungsaspekt. Diese Tatsache sowie zahlreiche Entscheidungen der Stadtratsmehrheit in den Haushaltsberatungen, insbesondere die Kürzungen im Bereich Personal und Klimaschutz, führen dazu, dass ich eine Zustimmung zum Haushalt 2012 nicht verantworten kann. Ich werde die Umsetzung der projektierten Vorhaben jedoch ebenso kritisch wie konstruktiv begleiten.

Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich friedvolle und erholsame Tage zum Jahresende.

*gez. Boris-André Meyer, Stadtrat*